



*Haushaltsrede 2017 von Johannes Müllerschön, auf der Kreistagssitzung am 12.12.16 in
Offenau (es gilt das gesprochene Wort)*

Liebe Gäste,
liebe Kreistagskolleginnen und -Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat,

Natürlich freue ich mich als Offenauer, wie Bürgermeister Folk, dass wir heute diese letzte Kreistagssitzung in 2016 hier abhalten. Offenau ist für uns LINKE so quasi die Hauptstadt des Sprengels nördlicher Landkreis. Nicht nur weil ich hier wohne, sondern auch weil wir hier als LINKE bei den letzten Kreistagswahlen immerhin als drittstärkste Partei abgeschnitten haben.

Aus aktuellen politischen Gründen, könnte ich mir aber auch ganz spontan diese Sitzung im Zabergäu zum Beispiel in Güglingen oder Brackenheim vorstellen, oder auch im nördlichen Landkreis, zum Beispiel in Möckmühl. Ich denke wir sollten als Kreistagsgremium dorthin, wo es brennt. Aussitzen und schweigen helfen bei Streitigkeiten ebenso wenig wie Populismus-Vorwürfe und juristische Scheingefechte. Zeigt die Krankenhausdiskussion im südlichen und im nördlichen Landkreis ebenso wie die Debatte um die Kreisumlage in Güglingen die große, aktuelle Diskrepanz zwischen Volk und Politik? Was können wir tun, um diese Diskrepanz zu überwinden? Schaffen wir das? Drei Fragen und auch ich habe keine alleinseligmachenden Antworten. Ich komme darauf zurück, möchte aber davor das **Thema Finanzen** abarbeiten.

Vom Zeitpunkt der Haushaltseinbringung im Oktober bis jetzt ist einiges passiert. Sie Herr Landrat, haben dort in der Haushaltsrede auf die wegen AUDI sinkende Steuerkraftsumme der Gemeinden verwiesen. Wissen wir, zum Beispiel wie sich die Präsidentschaftswahl von Trump in den USA auf die Steuerkraftsumme auswirkt? Übrigens nicht nur wegen AUDI, sondern auch bei LIDL, die ja in den USA sehr viel vorhaben.

Doch nicht nur global, sondern auch im Lande gib es finanzielle Risiken und Chancen. Geheime Nebenabsprachen und massive Eingriffe der neuen Landesregierung in die kommunalen Finanzen führten zu Recht zu heftiger Gegenwehr der kommunalen Spitzenverbände. Kommunen und Landkreise sind entscheidende Grundlage unserer Demokratie und unseres sozialen Zusammenhalts. Wir Kommunalvertreter haben eine besondere Verantwortung und Pflicht, die finanziellen Grundlagen für diese Aufgaben zu sichern. Deshalb möchten wir den Verhandlungsführern von Gemeinde-, Städte- und Landkreistag herzlich für ihren hartnäckigen Widerstand gegen weitere Kürzungen des Landes danken. Immerhin führte die Übereinkunft von Gemeinde-, Städte- und Landkreistag mit der Landesregierung auch bei uns im Landkreis zu einer Verbesserung der Einnahmeseiten, trotz sinkender Steuerkraft. Bis heute ist allerdings nicht klar, ob die aktuellen Zugeständnisse der Landesregierung ihre geheime „Giftliste“ ungültig machen oder ob diese weiterhin verfolgt wird.

Deshalb ist die Einnahmeseite auch im angeblich reichen Landkreis Heilbronn zukünftig Thema. Das „angeblich“, meine Damen und Herren, bezieht sich dabei nicht auf den Durchschnitt, der ist unbestritten hoch. Aber wie geht es den Armen, den nicht Reichen im Land, die ganz automatisch, ob über die Mehrwertsteuer und/oder die Einkommenssteuer ihren Beitrag zum Gemeinwesen abdrücken? Ich verweise da großzügig nicht auf das Haushaltsjahr 2017, sondern auf das Bundestagswahljahr 2017 mit den Stichworten Steuergerechtigkeit, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Transaktionssteuer. Auch die Reichen in der Region müssen wieder einen höheren steuerlichen Beitrag zum Gemeinwesen berappen, ohne wird es nicht gehen. Ich betone ausdrücklich Steuerbeitrag. Das ist das Geld, über deren Verwendung die demokratische

Gesellschaft entscheidet. Viele der Reichen spenden Geld, wohin sie wollen. Über deren Verwendung darf kein Gemeinderat, kein Kreistag entscheiden, es entscheidet das Gutdünken des Spenders.

Die neoliberalen Alternativen dazu sind Privatisierungen, bei Autobahnen, Krankenhäusern, großen Schulen und anderen Infrastrukturprojekten. Kurzfristige Geldflüsse locken, die Rechnung kommt später. Dort geht es dann um Gewinnmaximierung, Rendite, Produktivitätssteigerung und um Kostenreduktion statt um Daseinsvorsorge. Das sagen wir als LINKE ganz bewusst auch als kritischer Hinweis auf die neuen Bund – Länderregelungen, die jetzt verdächtig schnell und intransparent durch den Bundestag gepuscht werden sollen. Privatisierungen werden dadurch erleichtert, auch wenn das jetzt noch vertuscht und verschwiegen wird.

Ein Wort noch an dieser Stelle in Richtung Hohenlohe, als Mitglied der Regionalverbandsversammlung sei mir dies gestattet. Ich weiß nicht, wo Sie Herr Landrat Neth, die Hoffnung hernehmen, es würde besser, wenn Sie ausgerechnet bei einer Aktiengesellschaft das Management Know How dazuzukaufen, statt weiterhin mit der zumindest noch teilweise kommunal gelenkten SLK Klinik GmbH zu koordinieren.

Ich frage mich was ist da falsch gelaufen Herr Piepenburg und Herr Dr. Jendges? Auch Sie sollten mehr auf kommunale Kompetenz und Öffentlichkeit setzen, als auf Unternehmensberatungsfirmen, die in Sachen Krankenhausprivatisierung für große Klinikkonzerne konspirativ bundesweit auf Einkaufstour sind. Falls ich da auf dem Holzweg bin, dann sagen Sie es mir und uns, ich höre Ihnen gerne zu.

Die beiden wichtigsten Aufgabenfelder, die uns als Landkreis in 2016 herausforderten, sind uns Kommunalpolitikern von oben, von der Landes- und Bundespolitik aufgedrückt worden. Damit meine ich, wir haben weder die Ursache für **die großen Flüchtlingsbewegungen** verursacht, noch haben wir den politischen Wunsch in Gesetzesform gegossen und umgesetzt, kleine Krankenhäuser in der Fläche zu schließen. Trotzdem oder gerade deshalb müssen wir vor Ort zusammenrücken, die Ärmel hochkrepeln, anpacken, lösungsorientiert und solidarisch.

So wie bei der Versorgung von Menschen, die vor Krieg und Elend zu uns geflohen sind. Die Kriege im Nahen Osten sind mit hilfesuchenden Menschen auch zu uns gekommen. Aber nicht nur die Kriege, sondern auch unsere vielfältigen Waffenexporte von Hekler und Koch und anderen holen uns ein, in Form von Opfern, die bei uns vor der Tür stehen. Da ist es unsere Aufgabe vor Ort, sie würdig zu empfangen und ihnen eine Zuflucht zu bieten. Der Landkreis und die Verwaltung hat hier im letzten Jahr Erhebliches geleistet. Dafür ausdrücklich unseren herzlichen Dank auch als LINKE. Auch die dringend notwendige Aufstockung des Personals wollen wir an dieser Stelle würdigen. Wir stehen hinter Ihnen, Frau Lang, wenn Sie unbefristet einstellen, weil die Aufgaben auch unbefristet wachsen. Denn jetzt bedeutet das über die unmittelbare Aufnahme, eben auch die Integration in unsere Gesellschaft mit Sprache, Wohnungen und Arbeit.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Engagement vieler freiwilliger HelferInnen in den Asylkreisen, die im Landkreis Heilbronn vor Ort entstanden sind. Ihre Arbeit zu unterstützen, muss dem Landkreis und den Kommunen eine Pflicht sein, da ohne sie die Aufnahme der Hilfesuchenden nicht möglich gewesen wäre und die Integration nicht gelingen wird. Da stimmen wir Ihrer Haushaltsrede, Herr Piepenburg vom Oktober ausdrücklich zu.

Auch dem **Stellenplan 2017** stimmen wir LINKE aus diesen Gründen ausdrücklich zu.

Nächstes Thema: **Krankenhausfinanzierung**

Tatsache ist, dass arm und reich und damit die gesamte Gesellschaft auch im Landkreis Heilbronn gewaltig auseinanderdriftet. Wir haben allein im Zabergäu zwar sechs sogenannte Weltmarktführer, die teilweise rund um die Uhr an 7 Tagen produzieren, aber wir haben kein Geld (oder keine mehrheitsfähige Idee), um eine ausreichende stationäre Krankenhausversorgung vor Ort zu gewährleisten. Wir haben zwar jeden Tag neue Meldungen und Informationen (gute und schlechte) zu Gesundheitsfragen, aber wir haben kein sachkundiges Gremium, das diese Fakten im Sinne einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung auf Landkreisebene transparent und öffentlich bündelt und nützliche Maßnahmen koordiniert und umsetzt. Der Aufsichtsrat der SLK Kliniken kann dies schon aus rechtlichen Gründen nicht leisten. Vielleicht müssen wir dazu die Kreisgesundheits AG aktivieren.

Sie erinnern sich? Dieses Gremium wurde bereits 2014 leider etwas selbtherrlich von der Verwaltung an den Kreisräten und an der Öffentlichkeit vorbei installiert. Unserer Meinung nach hat eine solche Kreisgesundheits AG eine zweite Chance verdient. Erfolgreich wird Sie nur sein, wenn Sie klug besetzt wird und öffentlich und transparent arbeitet.

Wir erhoffen uns von einer solchen **Kreisgesundheits AG** mehr kommunalpolitische und örtliche Kompetenz. Privatwirtschaftlich orientierte Berater und Dienstleiter wie die Econo Medic Aktiengesellschaft und die auch für unsere SLK Kliniken tätige Unternehmensberatung Oberender und deren zunehmenden Einfluss auf fast alle Kliniken in unserer Umgebung lehnen wir ab. Wir brauchen im Gesundheitswesen nicht mehr „Wirtschaftlichkeit“ und Gewinnstreben, sondern wir brauchen in unseren Krankenhäusern und vor Ort mehr Humanität und mehr Menschlichkeit.

Deshalb will ich an dieser Stelle auch gleich für unsere beiden Anträge zur **Gemeinwohlökonomie** werben. Gemeinwohlökonomie kann im Gesundheitswesen privatwirtschaftliches Gewinninteresse zurückdrängen und kommunale Daseinsfürsorge in diesem Bereich stärken. Wir wollen mit beiden Anträgen die im Kreistag begonnene Sachdiskussion um die Zukunft der Krankenhausversorgung auf wissenschaftlichem und praktischem Niveau transparent und öffentlich fortsetzen, um eine verbesserte medizinische Grundversorgung auch für die Bevölkerung auf dem flachen Land, zu erreichen. Bitte unterstützen Sie uns dabei bei der anschließenden Beschlussfassung.

Sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -Kollegen,

damit sind wir bei unseren **10 Haushaltsanträgen**. Keine Angst, ich werde Sie hier nicht vorlesen, sondern gehe davon aus, dass Sie ihre Sitzungsvorlagen studiert haben. Natürlich bitten wir um getrennte Abstimmung der 10 Anträge, aber ich will die 10 Anträge zu sechs Themen bündeln. Gerne begründe ich sie bei Bedarf noch näher. Die Anträge sind für uns quasi vorberaten, da Sie alle aus der Arbeit im Kreistag und in den Ausschüssen heraus erarbeitet wurden, oft mit Beteiligung von engagierten Menschen in der Zivilgesellschaft und in verschiedenen Initiativen und BI's. Dafür ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung.

Die beiden Anträge (1+2) zur Gemeinwohlökonomie im Gesundheitswesen hab ich schon erläutert

*Die beiden Anträge Wohnungsamt (3) und altes Plattenwaldkrankenhaus (4) zu Verbesserungen beim Thema **Schaffung und Vermittlung von bezahlbaren Mietwohnungen***. Hier sehen wir die Chance, in Zusammenarbeit mit der GEWO schnellstmöglich als Landkreis über 86 Wohnungen ein Belegungsrecht zu erhalten. Wenn der Landkreis die 50 Wohnungen nicht mehr als Personalwohnungen braucht, dann könnten wir diesen Pool doch nutzen, für die Unterbringung

von Menschen die Bedarf haben, unabhängig von ihrem Status. Gerade kleinere Kommunen im Landkreis könnten doch bei der Anschluss-Unterbringung gut Unterstützung und Koordination vom Landratsamt, oder von der GEWO gebrauchen.

Dazu 36 neue Wohnungen nach der Modul Bauweise, das wäre doch ein solider Start. Ok ein klassisches „Wohnungsamt“ wäre diese halbe Planstelle noch nicht. Aber es wäre ein Anfang und ein wichtiges Signal für alle Wohnungssuchenden. Jawohl, der Landkreis tut was. Flüchtlinge nehmen uns keine Wohnungen weg, sondern durch die neue Lage werden Aufgaben angepackt, die jahrelang stilllagen. Mein Fraktionskollege Florian Vollert wird dazu später, im TOP 5. Veräußerung von Grundvermögen Am Plattenwald, Gemarkung Friedrichshall, noch einiges vortragen.

*Die beiden Anträge (5+6) zu **Verbesserungen beim HNV und Vermeidung der Tarifierhöhungen im Nahverkehr.*** Danke an die Verwaltung, sie hat zeitnah unsere Anfrage von der Oktober Kreistagssitzung nach den Tarifierhöhungen beim HNV in den letzten 12 Jahren beantwortet. Jetzt halten Sie sich fest, die sogenannte Tarifanpassung betrug in 12 Jahren 41,38 Prozent, das sind im Durchschnitt jedes Jahr 3,2%. Wir sind der Meinung jetzt reicht´s! Knüpfen wir an die Tarifanpassungen einen Qualitätsanspruch beim HNV, bei der AVG und bei der Bahn. Antrag 5 zeigt, wie es geht.

*Zwei Anträge (7+8) zu **Verbesserungen beim Radwegekonzept im Landkreis.*** Danke an Herrn Gleichauf, der in einem Artikel das Anliegen nach Freischaltung des RADAR Meldesystems noch einmal publik gemacht hat. Die 150 000 Euro für ein Gutachten, das dann wie viele andere für Jahre in den Akten verschwindet, würde ich lieber investieren in den schon seit langem von Offenau geplanten Radweg am Neckar entlang nach Gundelsheim. Ich bin mir sicher, dass hier im Saal noch weitere Spezialisten sitzen, die entsprechende Investitionsvorschläge haben.

Den Antrag (9) zur Verschiebung des Brückenbaus in Gundelsheim. Der Antrag spricht für sich.

*Den Antrag (10) zum **Schutz von Deponie Mitarbeitern und Umgebung vor GKN Bauschutt.*** Danke an die Anti - AKW Initiativen und an die Heilbronner Stimme, für die kontinuierliche Berichterstattung zu diesem, von der Landkreisverwaltung so ungeliebten Thema.

So liebe Kolleginnen und Kollegen, Danke fürs Zuhören und Danke schon im Voraus für die Unterstützung unserer Anträge. Den Anträge der ödp und die in den Ausschüssen abgelehnten Anträge der anderen Organisationen und Verbände, werden wir zustimmen.

Alle Jahre wieder, schließe ich mich den vielen Danksagungen meiner Vorredner an und **wünsche frohe Weihnachten und ein friedlicheres und sozial gerechteres Jahr 2017.**